



Plenum

37. Sitzung

München, Dienstag, 21. Januar 2020, 14:00 bis 15:47 Uhr

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Uli Henkel, Ralf Stadler, Christian Klingen, Annette Karl** und **Jochen Kohler** 4635

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern - Unternehmerische Freiheit statt Bürokratie"

Gerd Mannes (AfD).....	4635
Martin Schöffel (CSU).....	4637
Gisela Sengl (GRÜNE).....	4640
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER).....	4641
Ruth Müller (SPD).....	4643
Christoph Skutella (FDP).....	4645
Markus Plenk (fraktionslos).....	4646
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	4647
Paul Knoblach (GRÜNE).....	4649
Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER).....	4649
Ralf Stadler (AfD).....	4651
Alexander Flierl (CSU).....	4653
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	4654
Staatsministerin Michaela Kaniber.....	4655

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Klaus Stöttner u. a. (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Aufnahme einer Regelung zur Kurbeitragsfähigkeit von überregionalen ÖPNV-Leistungen für Gäste (Drs. 18/5611)

- Erste Lesung -

Klaus Stöttner (CSU).....	4658
Christian Zwanziger (GRÜNE).....	4659
Andreas Winhart (AfD).....	4661

Klaus Adelt (SPD).....	4662
Alexander Muthmann (FDP).....	4663
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....	4663
Verweisung in den Innenausschuss.....	4664

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzelnen beraten werden (s. Anlage)

Beschluss.....	4664
----------------	------

Bestellung
eines nicht parlamentarischen Mitglieds des Stiftungsrats der Baye-
rischen Landesstiftung

Beschluss.....	4665
----------------	------

Schluss der Sitzung.....	4665
--------------------------	------

(Beginn: 14:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 37. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Ich hoffe, Sie haben die sitzungsfreie Zeit gut verbracht und etwas Kraft für das Jahr 2020 und die Sitzungen schöpfen können. Zu Beginn der Sitzung wünsche ich Ihnen natürlich alles Gute, Gottes Segen und viel Gesundheit für dieses Jahr.

Während der sitzungsfreien Zeit gab es eine ganze Reihe von halbrunden Geburtstagen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag, zu dem ich ganz herzlich gratuliere, feierten Uli Henkel am 24. Dezember, Ralf Stadler am 31. Dezember, Christian Klingen am 9. Januar und Kollege Kohler am 18. Januar. Zu einem runden Geburtstag am 13. Januar gratuliere ich nachträglich Frau Kollegin Karl.

Herzlichen Glückwunsch allen Kolleginnen und Kollegen im Namen des ganzen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern - Unternehmerische Freiheit statt Bürokratie"

Sie alle kennen das Prozedere: Jeder hat fünf Minuten, außer ein Redner verzichtet zugunsten eines anderen; dann kann einer zehn Minuten in Anspruch nehmen.

Wir beginnen mit der Aussprache. Als Erster hat Kollege Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort – zehn Minuten!

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle wissen: Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist die Grundlage der Versorgung unserer bayerischen Bevölkerung. Unsere Bauern produzieren hochwertige Lebensmittel, und daher ist es richtig, dass der Bauernstand seit jeher ein anerkannter Berufszweig war.

Bisher galt immer, dass die Politik trotz der technologischen und ökonomischen Sachzwänge die Interessen der Landwirtschaft so gut wie möglich berücksichtigt hat. Schon lange machen oligopolartige Strukturen im Handel und auf der Zulieferseite den Bauern zu schaffen. Aufgrund von Handelsabkommen überschwemmen zunehmend Billigprodukte aus aller Welt den deutschen Markt, und niemand fragt dabei nach Umwelt- und Tierschutzstandards in den Herkunftsländern.

Aber der Zeitgeist bringt so manche Auswüchse mit sich, die mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar sind. Auf der Grünen Woche skandieren satte Städter: "Wir haben es satt!" Gut organisierte NGOs fordern mit medialer Unterstützung mehr Ökologie in der Landwirtschaft. Für die Bauern geht es dagegen um ihre Existenz. EU-Auflagen und eine regelrechte Bürokratieschlacht treiben die Landwirte an ihre Belastungsgrenze. Die ausländische Konkurrenz hat solche Auflagen nicht und kann daher deutlich preisgünstiger produzieren. Wo bleibt hier der breite Protest der sogenannten Umweltaktivisten?

(Beifall bei der AfD)

Die wenden sich lieber gegen unsere Bauern. Die wohlstandsdegenerierten linken NGO-Aktivisten kaufen lieber jeden Morgen einen Milchkaffee im Plastikbecher und werben abends auf dem Heimweg für irgendwelche pseudogrünen Protestaktionen. Kaum einer dieser selbst ernannten Weltretter hat sich mit der Arbeit der Landwirtschaft beschäftigt oder gar jemals eine Kuh gemolken; und trotzdem sind sie sich alle einig, dass die Landwirte an allem schuld sind. Das ist eine Heuchelei dieser selbst ernannten Umweltexperten.

Nun wäre es ja nicht so schlimm, wenn nur ein paar Wichtigtuer großspurige Forderungen aufstellen. Schlimm wird es nur dann, wenn ein Großteil der Politik und die Medien auf diesen Zug aufspringen. Angesichts dieser Entwicklung kann man von einer Hetzjagd auf die Landwirte sprechen. Die Auswirkungen spüren die Bauern in den neuen Verordnungen und Gesetzen, wie dem Agrarpaket, der Düngemittelverordnung oder dem Volksbegehren "Rettet die Bienen!".

Alle diese Gesetze und Verordnungen wurden auf EU-Ebene und Bundesebene abgestimmt und durchgewunken. Die CSU ist seit 15 Jahren an der Bundesregierung beteiligt. Das verfassungsrechtlich bedenkliche Volksbegehren "Rettet die Bienen!" wurde von allen Parteien bis auf die AfD beschlossen. Wir beklagen die fehlerhafte Umsetzung dieses planwirtschaftlichen Bürokratiemonsters. Die CSU und Ministerpräsident Söder haben sich aus Opportunismus mit ihrem Abstimmungsverhalten am Feldzug gegen die Landwirte unzweifelhaft beteiligt.

(Beifall bei der AfD)

Da ist es an Dreistigkeit kaum zu überbieten, wenn man sich in Nürnberg auf einer Demonstration der Landwirte vor ein Mikrofon stellt und sich als Retter der Bauern aufspielt. Demut wäre da besser gewesen.

Minister Aiwanger hat das Volksbegehren hier im Plenum als "Mist" bezeichnet. Besser kann man das nicht zusammenfassen. Dass er und die FREIEN WÄHLER trotzdem zugestimmt haben, liegt wohl daran, dass die FREIEN WÄHLER in der Koalition nicht mehr frei sind. Also hören Sie auf, Verständnis für die Landwirte zu heucheln. Die Staatsregierung sollte lieber ehrlich sagen, was sie mit ihrer Politik bezweckt.

Sie unterstützen das geplante Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Auch hier profitieren Konzerne, während unsere Bauern weiter aus dem Markt gedrängt werden. Die CSU hat fleißig an einer Verschärfung der Düngeverordnung mitgearbeitet. Dabei weiß jeder Fachmann, dass die Nitratmessstellen oft ungeeignet sind, weil sie willkürlich gewählt und nicht repräsentativ sind. Auch für das Agrarpaket der Bundesregierung ist die CSU maßgeblich mitverantwortlich. Die CSU stimmt im Europaparlament für den sogenannten Green Deal, und dies bedeutet in Zukunft weitere Auflagen und mehr Bürokratie für die kleinen Landwirte.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte achten Sie auf die Zeit!

Gerd Mannes (AfD): Aber wer die Landwirtschaft unterstützen will, muss sie sofort und wirksam von unnützer Bürokratie befreien. Fangen Sie bei der Düngemittelverordnung an. Es ist das ureigene Interesse eines Bauern, dass er mit der Natur wirtschaftet und seinen Boden über Generationen pflegt und erhält.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Entschuldigung, ich habe vorhin gesagt, dass Sie zehn Minuten Redezeit haben. Das war ein Missverständnis. Sie haben eigentlich fünf Minuten Redezeit; die ist jetzt zu Ende.

(Gerd Mannes (AfD): Darf ich noch fertig machen? – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Die Anzeige funktioniert nicht!)

– Die Anzeige funktioniert nicht. Die Anzeige vor Ihnen sehen Sie: Dort steht schon in Rot, dass Sie 45 Sekunden drüber sind.

Gerd Mannes (AfD): Okay, Entschuldigung. – Dann lassen Sie mich noch einen Satz sagen: Meine Damen und Herren der Staatsregierung, zeigen Sie, dass Sie es wirklich ernst meinen. Überlegen Sie, warum die Bauern gegen Ihre Politik auf die Straße gehen. Handeln Sie!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn des Jahres weise ich noch einmal darauf hin, dass es für die Redner eine schöne Uhr gibt. Wenn sie gelb wird, ist die letzte Minute angebrochen. Wenn sie rot wird, sind Sie über der Zeit. Für die, die es vielleicht nicht mehr wissen sollten: Bei Rot sind Sie schon über der Zeit; Gelb bedeutet, dass Sie langsam zum Ende kommen sollten.

Ich habe irrtümlich zehn Minuten gesagt. Sie haben fünf Minuten Redezeit gehabt. Aber der Kollege Schöffel hat jetzt zehn Minuten Redezeit, das auch zur Orientierung für die Kolleginnen und Kollegen. Bitte, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den vielen Protesten in den letzten Wochen und zur Grünen Woche ist der Zeitpunkt jetzt gut, über die Situation der Bäuerinnen und Bauern in unserem Lande zu sprechen. Wir tun dies derzeit täglich in politischen Runden und auch bei vielen Veranstaltungen mit der Landwirtschaft. Dabei sprechen wir durchaus mit den Bäuerinnen und Bauern sehr konkret über die aktuelle Lage, über aktuelle Themen sowie über notwendige Veränderungen.

Ich möchte in besonderer Weise unserem Ministerpräsidenten ein großes Dankeschön dafür sagen, dass er sich bei jedem Termin, bei dem er auftritt und bei dem Bäuerinnen und Bauern mit Transparenten und Schleppern anwesend sind und ihre Sorgen zum Ausdruck bringen, der Diskussion stellt und mit den Bauern spricht. Das Gleiche gilt für unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber.

(Beifall bei der CSU)

In Nürnberg gab es stundenlange Diskussionen mit Rückfragen zu einzelnen Fachthemen. Sie von der AfD tun dies als Heuchelei ab. Dies ist der Sache nicht angemessen. Das ist eine Unverschämtheit. Sie wollen ja nur diese Demonstrationen für Ihre rechtsextremen Unterwanderungen nutzen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der AfD)

Einzelne sind mit Transparenten unterwegs und missbrauchen diese Demonstrationen.

(Zurufe von der AfD)

Ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, mit den Bäuerinnen und Bauern zu diskutieren und sich der Diskussion zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Ich danke unserem Ministerpräsidenten auch dafür, dass er das Thema Landwirtschaft zum Gegenstand mehrerer Koalitionsausschüsse machen wird und die Dinge auch in Berlin einbringen wird.

Warum gehen die Bauern auf die Straße? – Weil die Betriebe viele Vorgaben kaum noch erfüllen können,

(Ulrich Singer (AfD): Wer macht denn die Vorschriften? – Weitere Zurufe von der AfD)

aber auch weil in der Bevölkerung, in Teilen der Medien und der Gesellschaft und in einzelnen Parteien eine kritische Haltung zur Landwirtschaft spürbar ist.

(Zurufe von der AfD – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Besucher würden vielleicht ganz gern den Redner verstehen. Dies ist aber etwas schwierig geworden. Deswegen bitte ich um etwas Ruhe.

Martin Schöffel (CSU): Diese kritische Haltung wird insbesondere bei einzelnen Parteien in den Parlamenten deutlich. Anlässlich der Eröffnung der Grünen Woche hat der grüne Justizminister aus Berlin die Grüne Woche mit verschiedensten Kampfparolen aus dem landwirtschaftlichen Bereich belastet. Die Menschen kommen aus der ganzen Welt nach Deutschland, weil sie unsere Agrarprodukte schätzen, weil sie die Leistungsfähigkeit der Ernährungswirtschaft schätzen, weil sie unsere Bäuerinnen und Bauern schätzen. Der grüne Landesminister aber tritt dort auf und spricht von Massentierhaltung, von Tierquälerei und von der Verantwortung der Landwirtschaft für Artensterben und Klimakrise. Dies muss man auf jede Art und Weise zurückweisen. Dies ist ein Missbrauch der Grünen Woche, den wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Ja, und?)

Unsere Bäuerinnen und Bauern haben unser Vertrauen und unseren Respekt verdient. Wir wollen, dass auch in Zukunft Lebensmittel aus Bayern und aus Deutschland kommen, dass die deutsche und die bayerische Landwirtschaft weiterhin Nahrungsmittel produzieren können. Dafür ist es wichtig, in der Politik entsprechende Entscheidungen zu treffen, in der Bevölkerung Vertrauen zu gewinnen und dort wieder mehr Wissen über die Landwirtschaft zu verankern. Wir machen deswegen diesbezüglich bereits viel in den Schulen. Auch beim Einkaufen kann jeder seine Solidarität mit der bayerischen Landwirtschaft zum Ausdruck bringen.

Ich möchte zu den wichtigsten Themen, die derzeit in Rede stehen, Stellung nehmen, damit auch Sie, Kollegen von der AfD, wissen, wer handelt und wer nur schreit. Wer handelt, sind diese Koalition und unser Ministerpräsident und Parteivorsitzender in Berlin.

(Zuruf von der AfD)

Derzeit haben wir in Berlin das Insektenschutzpaket auf der Tagesordnung, zu dem wir ganz klar sagen: So kann es nicht bleiben. Dazu gibt es noch keine Verordnung. Es war noch nicht im Parlament. Deswegen sagen wir ganz klar: Beim Thema Insektenschutz muss man sich mit den Landwirten an einen Tisch setzen. Dabei gilt so wie auch in Bayern unsere Vorgabe: Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht, Anreize schaffen, Programme entwickeln, die etwas bringen. Wir sehen es als sehr kritisch an, einfach in den Raum zu stellen, dass zugelassene Pflanzenschutzmittel verboten werden sollen. Dazu werden wir in Berlin die Hand nicht reichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das nächste Thema ist die Düngeverordnung. Sie ist das Hauptthema, das derzeit bei allen Demonstrationen angesprochen worden ist. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass wir immer auf die besonderen Anliegen der bayerischen Landwirtschaft

hingewiesen haben. Wir haben frühzeitig an vielem, was im Raum steht, Kritik geübt.

(Zuruf von der AfD)

Die Länder wurden sehr spät beteiligt. Unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber war die Erste, die im Konzert der Agrarminister ein Moratorium gefordert und gesagt hat: So können wir nicht in eine neue Düngeverordnung gehen. – Deswegen werden wir das, was im Referentenentwurf steht, so nicht unterstützen. Beispielsweise geht es um die Frage: Darf man Zwischenfrüchte noch düngen? Zwischenfrüchte müssen sich gut entwickeln. Wir brauchen sie aus verschiedenen umweltpolitischen Gründen. Es geht aber auch um das Thema Grünland. Grünland wird jetzt in den roten Gebieten deutlich anders behandelt. Dabei muss es auch bleiben. Grünland kann nicht wie Ackerland behandelt werden. Insbesondere muss auch die Beweidung so geregelt werden, dass den Bauern daraus kein Nachteil entsteht.

Zu den roten Gebieten hat unser Ministerpräsident eine ganz klare Aussage getroffen. Er hat bei den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett schon veranlasst, dass die Messstellen überprüft werden. Dies läuft bereits. Die Zahl der Messstellen muss auch deutlich ausgebaut werden. Es gilt die getroffene Aussage: Bei der Ausweisung von roten Gebieten werden keine Annahmen und Berechnungen zugrunde gelegt, sondern Messungen. Auf dieses Wort, das ihnen die Staatsregierung gegeben hat, können sich die Bauern verlassen.

(Horst Arnold (SPD): Sie machten die Berechnungen und Messungen doch selber! Sie haben sie vorher gemacht, und machen es auch jetzt! – Tobias Reiß (CSU): Kümmere dich um die Schulze! – Ruth Müller (SPD): Wer war denn die Landwirtschaftsministerin?)

– Bei diesem Thema geht es nicht um die Landwirtschaftsministerin, Kollegin Ruth Müller, sondern es geht um die Wasserwirtschaft und um die Ausweisung von Kullissen und um deren fachliche Begründung.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte auf ein weiteres Thema eingehen: die Gemeinsame Agrarpolitik in Brüssel. Diese gerät derzeit nämlich etwas aus dem Blickfeld der Diskussion. Sie ist aber die entscheidende Grundlage für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern in den nächsten Jahren. Wir treten jetzt langsam in eine entscheidende Phase der europäischen Agrarpolitik ein. Von Bayern und Deutschland ist großer Einsatz notwendig, damit die Mittel im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten werden können, damit die erste und zweite Säule erhalten bleiben und auch gut ausgestattet werden und damit das System der ersten Hektare weitergeführt wird, von dem wir in Bayern in besonderer Weise profitieren und wodurch wir in Bayern deutlich mehr Mittel bekommen und somit die kleineren Betriebe unterstützen können.

Es geht aber auch darum, nicht vordergründig zu erklären, dass die Mitgliedstaaten zuständig sind, während gleichzeitig die Bürokratie zunimmt. Wir haben beispielsweise Vorstöße zur Senkung der Bürokratie unternommen, indem wir erfolgreich darauf hingewirkt haben, die Rinderkennzeichnung aus der Konditionalität herauszunehmen. Ich meine, dass dies ein ganz, ganz wichtiges Thema ist. Solche Dinge müssen weiter fortgeführt und durchgesetzt werden, und zwar insbesondere deshalb, um Kleinstbetriebe von bürokratischen Maßnahmen zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle können wir auf eine erfolgreiche bayerische Agrarpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten verweisen. Wenn

über die Ökobilanz der bayerischen Landwirtschaft diskutiert wird, können wir feststellen: Bei uns haben wir noch kleinere Betriebe, eine geringere Viehdichte sowie auch deutlich mehr Ökolandbau als in anderen Bundesländern. Wir haben 11 % Ökolandbau, Niedersachsen hat 4 %, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben jeweils 6 %. Diese Länder sollen das erst einmal nachmachen, bevor sie Bayern kritisieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Auch die Gewässerbelastung, lieber Kollege – –

(Horst Arnold (SPD): Wie viel Messstellen hat Niedersachsen? Wissen Sie das?)

Es ist so, dass die Gewässerbelastung in Bayern deutlich geringer ist als in den Ländern, von denen Sie gerade sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Das ist auch ein Verdienst unserer Bäuerinnen und Bauern.

Meine Damen und Herren, die Koalition steht immer an der Seite der Bauern und wird das auch in Zukunft tun. – Danke für die Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Auch sie hat zehn Minuten Rednerzeit.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft der Zukunft braucht gute Unternehmer – das stimmt –, aber nicht statt Bürokratie; denn Unternehmer können noch so gut sein: Wenn die richtigen politischen, also gesetzgeberischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen fehlen, werden diese Unternehmen nie erfolgreich sein können.

In acht Jahren, von 2010 bis 2018, haben wir in Bayern 13.860 Höfe verloren. Die aktuellen Bauernproteste zeigen, wie groß die Unzufriedenheit und wie beklemmend die Situation auf manchen Höfen ist. Allerdings ist die lauteste Botschaft dieser Proteste, dass es einfach so weitergehen soll, nur mit weniger Auflagen und Kontrollen. Das geht unserer Meinung nach in die völlig falsche Richtung;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn die unternehmerische Freiheit endet an der Stelle, an der unsere Schutzgüter, nämlich unsere natürlichen Lebensgrundlagen, betroffen sind.

Aber was macht ein gutes Unternehmen aus? – Eine staatliche Initiative für Existenzgründer hat dazu eine sehr gute Liste erstellt. Ich möchte ein paar Punkte daraus aufführen: Gute und erfolgreiche Unternehmer sollten Visionäre sein. Jetzt kommt ein Originalzitat aus dieser Liste:

Vielleicht wird man als Visionär zunächst kritisch beäugt, da Visionen oftmals mit Altbewährtem brechen und etwas Neues erschaffen wollen, aber ohne sie wird man als Unternehmer nicht weit kommen.

Dieses Zitat passt sehr gut zur augenblicklichen Situation eines Großteils der Landwirtschaft. Das Altbewährte scheint mir die Verteilung der Agrargelder nach der Fläche und die Orientierung an den Weltmarktpreisen zu sein. Die Vorschläge

der GRÜNEN – Verteilung der Agrargelder nach einem ökologischen Leistungsprinzip und die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe – sind die Visionen und werden kritisch beäugt.

Dann wird in dieser Liste, welche Eigenschaften für ein erfolgreiches Unternehmen wichtig sind, weiter aufgeführt: Ausdauer, Hartnäckigkeit, Mut, Leidenschaft, Innovationsbereitschaft, Teamfähigkeit und die Fähigkeit zur Reflexion. Genau diese Eigenschaften sind bei den Bäuerinnen und Bauern und bei den landwirtschaftlichen Betriebsleitern vorhanden, weil sie ihren besonderen Beruf ohne diese Eigenschaften überhaupt nicht ausüben könnten. Genau mit diesen Eigenschaften schaffen wir es, die Landwirtschaft in eine gute Zukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine In-Wert-Setzung der gesellschaftlichen Güter wie Boden, Wasser, Klima- und Artenschutz. Wir brauchen neue Vermarktungsformen. Wir müssen neue Absatzmärkte erschließen. Wir müssen den Kreislaufgedanken in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung und in der Vermarktung stärken. Wir brauchen Forschung, Bildung und Beratung, die ökologische, soziale und ökonomische Erfordernisse gleich gewichten.

Für die Umsetzung all dieser innovativen und visionären Dinge brauchen wir die richtigen gesetzgeberischen Rahmenbedingungen und eine sinnvolle Bürokratie; denn diese sichert uns Gerechtigkeit und schützt vor willkürlicher Ausübung von Staatsgewalt durch deren Bindung an allgemeine Gesetze. Wer diese Gesetze verletzt, wird zur Verantwortung gezogen, und davon profitieren wir alle.

Die bayerische Landwirtschaft der Zukunft braucht gutes Unternehmertum und sinnvolle politische Rahmenbedingungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion FREIE WÄHLER Dr. Leopold Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf die letzte Rednerin eingehen. Liebe Frau Kollegin Gisela Sengl, ich habe mir eben die Frage gestellt, was eine sinnvolle Bürokratie ist. Wir alle wollen – das sagen wir auch häufig in unseren Reden – Bürokratie abbauen. Ich würde von Ihnen gern einen Vorschlag zu sinnvoller Bürokratie hören. Das werden wir heute nicht mehr schaffen, aber das wäre ein füllendes Thema für einige Sitzungen und Arbeitskreise.

Zurück zum Thema der heutigen Aktuellen Stunde. Zunächst darf ich mich bei den Kollegen der AfD bedanken; denn wir haben jetzt draußen sehr viele Bauernproteste erlebt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, weil ich sehr viele Demonstrationen organisiert und mitgemacht habe, dass es nicht so einfach ist, Landwirte auf die Straße zu bringen. Es ist wirklich nicht einfach, denn sie haben alle auf ihren Höfen zu tun, und auch diese Fahrten nach Berlin und an andere Orte sind für landwirtschaftliche Betriebe nicht einfach zu organisieren. Deshalb müssen wir das sehr genau beobachten, die Gründe dafür suchen und natürlich auch Lösungen hinterfragen.

Damit bin ich beim entscheidenden Punkt. Ich habe mich bei der AfD dafür bedankt, dass dieses Thema nicht nur draußen auf der Straße, sondern – es ist auch erfreulich, dass viele Kollegen anwesend sind – auch hier im Parlament besprochen wird. Aber, liebe Kollegen von der AfD, damit enden schon die angesprochenen Gemeinsamkeiten; denn es geht hier um Lösungsvorschläge. Im Titel der Ak-

tuellen Stunde ist die Rede von zukunftsorientierten Lösungen durch marktwirtschaftliche Dinge statt Bürokratie. Mit der Marktwirtschaft und mit den wirtschaftlichen, den preisgestalterischen Möglichkeiten ist es aber nicht so einfach. Ich nenne als Beispiel den Sektor Milch. Dort haben wir immer noch den Dreiklang: Erzeuger, Molkereien und Lebensmitteleinzelhandel. Wir haben es bisher nicht geschafft – das wird weiterhin eine gemeinsame politische Aufgabe bleiben –, dass wir hier einen Dreiklang schaffen und der Erzeuger nicht nach wie vor der Restgeldempfänger ist, sondern dass er auf Augenhöhe mit den beiden anderen genannten Partnern verhandeln kann.

Diesbezüglich sind wir weiterhin gefordert. Das können wir aber nicht mit Parolen schaffen und damit, dass wir einfach dagegen sind, sozusagen ein System hinterfragen, sondern dazu müssen wir Fakten, Daten und Zusammenhänge bringen.

Ich habe mir gestern – vielleicht haben es einige Kollegen auch gesehen – eine hoch interessante Sendung mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes Herrn Andreas Mundt angeschaut. Ich habe ihm schon Dutzende von Briefen geschrieben. Man muss bezüglich der Milch auch eine Lösung anbieten. Er argumentiert, dass 20 Cent pro Liter Milch okay wären, wenn der Liter Milch im Laden 40 Cent koste, dann hätte man die Differenz. Hier müssen wir an entsprechender Stelle nachhaken. Die Bauern dürfen wir dabei nicht alleinlassen.

(Horst Arnold (SPD): Was heißt das?)

– Lieber Kollege Horst Arnold, ich habe das seit mehreren Jahren auf dem Schirm. Nur dazu braucht man nicht nur in Bayern, sondern auch im Bund und natürlich auch in Brüssel entsprechende Mehrheiten.

(Horst Arnold (SPD): Ach was!)

Damit bin ich bei zwei Personen, die uns momentan wenig weiterhelfen.

(Horst Arnold (SPD): Frau Müller!)

Ich nenne ein paar Stichworte, alle kennen sie: Blauzungenkrankheit, Düngeverordnung, Tierskandale. Es gibt eine Reihe weiterer Dinge. Natürlich ist auch das Volksbegehren stark in der Diskussion. Hier müssen wir nach wie vor Lösungen finden, die uns dann die Möglichkeit geben, von Bayern aus über Berlin auf Brüssel einzuwirken. Ich habe in Berlin mit Kollegen am Rande der Grünen Woche Gespräche geführt. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, dass wenig Spielraum gesehen wird. Das heißt aber nicht, dass wir nachlassen werden, im Gegenteil: Wir müssen den Druck gerade auf die Ministerinnen Schulze und Klöckner, also auf das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium in Berlin, weiter erhöhen.

Ich komme schon zum Schluss, weil ich auf meine Redezeit achte.

Präsidentin Ilse Aigner: Sehr gut.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegen von der AfD, Pauschalkritik ist hier fehl am Platze. Bayern ist das Bundesland, das gerade über die Ausgleichszahlungen so viel an die Bauern leistet,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): dass sie diese Krise noch einigermaßen überwinden können; denn ohne diese Ausgleichszahlungen und ohne die entsprechende Bürokratie

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): hätten es die Betriebe in dieser Situation noch weitaus schwerer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um die Zukunft unserer bayerischen Landwirtschaft geht, denke ich zuallererst an bessere Preise. Ich denke an bessere Preise, durch welche auch die nachfolgenden Generationen auf den Bauernhöfen mit Begeisterung und frohem Mut ihre Zukunft in die Hand nehmen.

Unsere Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Sie muss ökologischer und nachhaltiger werden. Sie muss das Tierwohl steigern. Zu guter Letzt soll sie auch noch wirtschaftlich stark sein, um unsere ländlichen Räume zu stärken, regionale Wertschöpfung zu sichern und eine flächendeckende Bewirtschaftung und Pflege unserer Kulturlandschaft zu garantieren. Wie ich aus vielen Gesprächen weiß, ist die Landwirtschaft zu alledem bereit.

Es braucht aber anständige Preise für hochwertige Produkte, um diese Wünsche der Gesellschaft zu erfüllen. Anders als die AfD suggeriert, kann die unternehmerische Freiheit solche Preise eben nicht garantieren; denn gerade die unternehmerischen Freiheiten des Lebensmitteleinzelhandels, der Molkereien und der Schlachtindustrie haben dazu geführt, dass unsere bäuerlichen Erzeuger das schwächste Glied innerhalb der Wertschöpfungskette geworden sind.

(Beifall bei der SPD)

Es heißt nicht umsonst, dass nicht mit, sondern an der Landwirtschaft das meiste Geld verdient wird. Wie kommen wir jetzt aus diesem Dilemma, in dem wir uns befinden und das so viele Landwirtinnen und Landwirte auf die Straße treibt, heraus? – Ich meine, Verbraucherschelte alleine reicht dazu nicht aus.

Ich finde es auch hanebüchen, dass der Weber-Grill tausend Euro kosten darf, auf den man sich dann die billigen Würstel vom Discounter für 1,99 Euro schmeißt. Wenn am Sonntag dann kein Grillwetter war, schmeißt man die billigen Würstel, weil sie nichts gekostet haben, wieder weg.

Wir müssen uns aber schon auch fragen, ob der Verbraucher alleine in der Verantwortung steht. – Ich denke, nicht. Zwar zeigen Umfragen, dass den Menschen das Tierwohl wichtig ist; sie konsumieren aber nicht den Umfragen entsprechend. Hier bedarf es besserer und nachhaltiger Bildung in den Schulen sowie eines glaubwürdigen regionalen Angebots in den Schulkantinen und Kantinen in staatlicher Hand. Auch bedarf es ehrlicher und verpflichtender Kennzeichnung und nicht, wie es die Bundeslandwirtschaftsministerin durchpeitschen will, eines freiwilligen Kennzeichnungs-Kuddelmuddels bei wenigen Produkten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die bäuerlichen Erzeugerinnen und Erzeuger in der gesamten Wertschöpfungskette stärken. Einen ersten Schritt bildet hierfür die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken. Natürlich wird aber auch das wieder Bürokratie bedeuten; denn nur so können unlautere Praktiken von Handel und Verarbeitern auch kontrolliert und geahndet werden.

Wissen Sie, was unsere Landwirtschaft noch verdient hätte? – Weniger Populismus und mehr Ehrlichkeit,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

weniger Populismus und mehr Ehrlichkeit von der AfD, aber auch von Teilen der Regierungsparteien – einer klatscht hier versehentlich gerade schon.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Abgeordnete Stadler hat im August 2019 gefordert, man solle die Verschärfung der Düngeverordnung aussetzen und erst die Auswirkungen der aktuellen Düngeverordnung evaluieren. Er wittert auch ständig Verrat an der Landwirtschaft.

Ähnliche Worte hört man mittlerweile sogar vom Schatten- bzw. Möchtegern-Landwirtschaftsminister Aiwanger, der unter großem Applaus der Landwirte eine Verzehnfachung der Messstellen ankündigt, wobei, beim Umweltministerium nachgefragt, gerade mal eine Verdopplung übrig bleiben soll. Aiwanger, statt an der Düngeverordnung etwas zu ändern, fordert auf den Demos sogar, dass man die Strafzahlungen von bis zu 850.000 Euro am Tag akzeptieren solle. – Ja klar, ist ja nicht sein Geld, sondern das Geld des Steuerzahlers! Warum soll der Bund über 300 Millionen Euro jährlich zahlen? – Weil man sich nicht an Recht und Gesetz halten will.

Der CSU-Fraktionschef Kreuzer kritisiert, dass das bayerische Messstellensystem zur Ermittlung von Nitrateinträgen nicht korrekt arbeite, sodass Bayern nun zusätzliche Messstellen schafft. Dieses System, das von Kreuzer hier kritisiert wird, wurde von den CSU-Umweltministern Huber und Söder in Bayern konzipiert und betrieben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir haben in Bayern rund 600 Messstellen. Baden-Württemberg hat rund 1.800 Messstellen, obwohl dessen landwirtschaftliche Nutzfläche nur halb so groß wie diejenige Bayerns ist. Dieses Versagen können Sie nicht anderen in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Grünen Woche haben wir von einem Abteilungsleiter gehört, dass viele der nach Brüssel übermittelten Vorschläge nicht einmal wissenschaftlich untermauert worden seien. So sei angeboten worden, dass die Düngung von abfrierenden Zwischenfrüchten untersagt werde, weil dies zu einer Nitratauswaschung führe. Es ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Nitratwerte laut allen Messsystemen seit Jahren kontinuierlich ansteigen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Stimmt nicht!)

Ich zitiere aus dem Schreiben von Dr. Uwe Brandl an den Ministerpräsidenten: "Deine Politik, lieber Markus, ist eingeschwenkt auf Klima- und Ressourcenschutz. Es kann nicht sein, dass Du Dir bei der wichtigsten einmaligen und nicht erneuerbaren Ressource Grundwasser von den Traktoren so den Kopf verdrehen lässt." – Aus diesem Grund appelliere ich an alle demokratischen Kräfte in diesem Haus, für unsere Landwirtschaft gute und praktikable Lösungen zu erreichen. Hierzu müssen wir einen offenen Dialog und Gespräche führen, Probleme benennen und Lösungen finden. Auch müssen Defizite, wie das unsinnige Verbot der Düngung

von Zwischenfrüchten, benannt und beseitigt werden; denn Populismus hat in diesem Land noch nie zu Versöhnung, sondern immer nur zu Spaltung geführt.

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie einige von Ihnen war auch ich am vergangenen Wochenende auf der Grünen Woche in Berlin. Ich habe dort neben vielen informativen Gesprächen auch einen Fachvortrag von Prof. Heißenhuber gehört. Herr Heißenhuber ist ehemaliger Professor an der TU München und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Das Thema des Fachvortrags lautete "Vision für die Landwirtschaft aus Sicht der Wissenschaft – Wie ist eine zukunftsorientierte Agrarpolitik zu gestalten?". Ich kann jedem Agrarpolitiker, allen voran den Kolleginnen und Kollegen von der AfD, nur empfehlen, sich ab und an auch fachkundig informieren und inspirieren zu lassen. Ein Appell Prof. Heißenhubers an die Politik bestand darin, die Politik solle mehr auf die Wissenschaft hören, sich wieder mehr an Fakten orientieren und rationale Entscheidungen treffen. Das ist in der heutigen Zeit tatsächlich ein wichtiger Rat, den wir uns alle zu Herzen nehmen sollten. Ich meine damit wirklich alle, beispielsweise auch den bayerischen Wirtschaftsminister.

Kollegin Müller hat es schon angesprochen. Der bayerische Wirtschaftsminister hat vor Tausenden Landwirten angekündigt, er wolle die Düngeverordnung aussetzen bzw. stoppen. – Ich finde das anmaßend, weil das bei Weitem nicht in dessen Verantwortungsbereich liegt. Es ist verantwortungslos, den Landwirten Hoffnungen zu machen, Hoffnungen, welche meiner Meinung nach auf diese Weise nicht erfüllt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist die Düngeverordnung ein Problem. Wir können aber doch nicht die Augen vor der Tatsache der erhöhten Nitratwerte verschließen. Wie gehen wir damit um? – Ja, wir müssen überprüfen, ob die Landwirtschaft der alleinige Verursacher ist. Ja, wir müssen das Messstellennetz überprüfen. Ja, wir müssen bei der Düngung auch die gute fachliche Praxis neu justieren.

Ich frage mich aber, warum das alles kurz vor knapp diskutiert wird. Warum wurde nicht schon früher an der Beseitigung der Probleme gearbeitet? Kurz bevor die EU tätig werden muss, verbreitet sich nun hektischer Aktionismus, der wahrlich keinem Landwirt hilft.

Die FDP-Landtagsfraktion beherzigt von Beginn ihrer Arbeit im Bayerischen Landtag an den Rat, mehr auf die Wissenschaft zu hören. Wir haben uns mit zahlreichen Anfragen und Anträgen immer sachlich und konstruktiv für die bayerische Landwirtschaft eingesetzt. Ich darf an dieser Stelle die wichtigsten erwähnen. Wir Freien Demokraten haben uns in den Gesetzgebungsprozess zum Volksbegehren "Rettet die Bienen!" von Anfang an konstruktiv eingebracht. Wir haben alles, was uns vorgelegt wurde, kritisch hinterfragt, vom ersten Gesetzentwurf über spontan gebastelte Maßnahmenkataloge mit Versprechungen, die jeden Haushälter kollabieren lassen, bis zum sogenannten Versöhnungsgesetz. Auch bei den geschützten Biotopen gab es lange Zeit Unklarheiten. Darauf haben wir aufmerksam gemacht. Sie können sich sicher erinnern; denn Sie alle haben unserem Antrag zugestimmt.

Zudem haben wir zwei konkrete Änderungsanträge für die Landwirtschaft und für das Eigentum eingebracht. Diese Anträge wurden aber leider von der CSU und den FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Wir haben gefordert, dass in das neue Gesetz eine Freiwilligkeitsklausel aufgenommen wird, damit Landwirte als Grundstücksbesitzer weiter frei darüber entscheiden können, was mit ihren Flächen passiert. Wir wollten den Landwirten damit garantieren, dass sie ihre Flächen, die sie für den Naturschutz bereitstellen, nicht verlieren. Sie verpflichten sich zwar vertraglich für einen gewissen Zeitraum, aber später können sie weiter über die Nutzung ihrer Flächen entscheiden. Diesen Antrag haben Sie leider abgelehnt.

Auch beim Thema Düngeverordnung haben wir immer kritisch nachgefragt. Die Anzahl der Messstellen soll jetzt erhöht werden. Das ist hoffentlich gut. Der Schuss kann aber auch nach hinten losgehen. Mehr Messstellen bedeuten nämlich nicht zwangsläufig ein besseres Ergebnis.

(Tobias Reiß (CSU): Aber ein genaueres! Das ist doch das Entscheidende!)

Für uns Freie Demokraten ist es am wichtigsten, dass wir EU-weit einheitliche Wettbewerbsbedingungen haben. Die Grundlage dafür sind aber einheitliche Voraussetzungen. Das gilt auch für die Nitratmessstellen. Was bringt es uns, wenn wir die Zahl der Messstellen in Bayern auf 1.500 verdoppeln, wenn es in anderen EU-Staaten viel weniger gibt? Wir müssen jetzt zügig an der einzigen Stellschraube drehen, die uns bei der Düngeverordnung noch bleibt, und bei der Binnendifferenzierung tätig werden. Andere Bundesländer machen uns das vor. Damit können wir die roten Gebiete genau eingrenzen. Aber auch mit der Binnendifferenzierung allein ist es nicht getan.

Wir Freien Demokraten wünschen uns, dass wir wieder mehr über moderne Technologien reden. Wir haben in der Landwirtschaft ein großes Potenzial durch Technologien, tierwohl- und umweltgerechter zu wirtschaften. Wir wollen über Möglichkeiten reden, die Stickstoffeffizienz von Nutzpflanzen zu verbessern. Wir wollen über die Stickstoffstabilisierung von Wirtschaftsdüngern reden. Wir wollen über Chancen, nicht über Verbote reden; denn wir brauchen eine technologieoffene Debatte ohne Denkverbote.

(Beifall bei der FDP)

Unternehmerische Freiheit heißt für uns Freie Demokraten, dass wir verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, aber auch, dass wir den landwirtschaftlichen Betrieben alle Möglichkeiten offenlassen, ihren Betrieb zu entwickeln. Unsere landwirtschaftlichen Unternehmer brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Das wird zwar immer von vielen erwähnt, aber von den Vertretern der Regierungsfractionen gibt es meistens nur Versprechungen, oder es wird Geld nachgeschmissen, wenn die Unternehmer ökologische Leistungen erbringen. Mit unternehmerischer Freiheit hat das alles leider nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

(Beifall des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bauern protestieren, weil sie zunehmend das Gefühl haben, von der Politik und der Gesellschaft nicht mehr wirklich wertgeschätzt zu werden, und das, obwohl die Bauern die Hauptlast für die verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahre zu tragen haben. Das Prinzip "Wachse oder weiche" wird aktuell leider konsequent

fortgeführt. Trotz Cross-Compliance-Vorschriften – ich habe hier die Broschüre von 2019 dabei, sie umfasst fast 108 Seiten – werden weder die Ziele im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes noch ein adäquates Auskommen unserer bäuerlichen Familienbetriebe erreicht. Dabei sind die neuen Gängelungen durch das Volksbegehren noch gar nicht berücksichtigt.

Gehen Sie davon aus, dass unsere Bauern bei einem Arbeitseinsatz von 365 Tagen im Jahr kein Verständnis für weitere unsinnige Vorschriften haben. Einige fordern, dass die Lebensmittelpreise steigen sollen. – Erklären Sie das bitte den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. Ich sage Ihnen eines: In absehbarer Zeit wird es keine angemessenen Marktpreise für unsere bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern und schon gar nicht für unsere oberbayerischen Bergbauern geben, so sehr wir sie uns auch wünschen würden. Wer dies fordert, heuchelt und betreibt letztlich eine Politik für die Agrarindustrie. Letztere würde sich natürlich sehr über höhere Erzeugerpreise freuen. Der bäuerliche Familienbetrieb kommt mit großen Handelsketten nämlich so oder so nicht ins Geschäft.

Die Produkte unserer bayerischen Bauern sind zwar von Topqualität, der Erlös reicht aber trotzdem für die meisten als Einkommensquelle nicht aus. Direktvermarktung wird durch bürokratische Hürden erschwert. Also muss sichergestellt werden, dass die Leistungen, die die bayerischen Bauern für die Gesellschaft erbringen, nämlich die Landschaftspflege sowie der Erhalt und die Verbesserung unserer Biodiversität, besser und gezielter honoriert werden.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Weshalb haben Sie noch nie einen entsprechenden Antrag im Europaparlament gestellt?)

Statt neuer Gebote und Verbote sollte die Agrarpolitik durch entsprechende Anreize im Einklang mit marktwirtschaftlichen Prinzipien versuchen, von der Gesellschaft gesteckte Ziele zu erreichen. Vielleicht sollten unsere Bauern einfach mal streiken, damit einigen in Politik und Gesellschaft endlich ein Licht aufgeht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel für die CSU-Fraktion das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Die positive Bewertung eines anderen Menschen gründet auf einer inneren allgemeinen Haltung ihm gegenüber und wird kurz auch "Wertschätzung" genannt. Ich glaube, es ist unabdingbar, sowohl die Belange der Landwirtschaft als auch die Belange der Gesellschaft wertzuschätzen und ernst zu nehmen. Nicht nur reden und heucheln, sondern tatsächlich handeln!

Diesen ganzheitlichen Ansatz hat die CSU in den letzten Jahren immer verfolgt. "Keine Konfrontation, sondern Kooperation" war unsere Leitlinie. Freiwilligkeit vor ordnungspolitischen Regelungen; denn zu einer unternehmerischen Freiheit gehört auch die Möglichkeit, sich innerhalb unserer Gesetze zu entwickeln, ohne beständige Gebote und Verbote, wie sie die GRÜNEN immer fordern.

Zur Wertschätzung unserer Bäuerinnen und Bauern gehört ferner, dass sich ihr Einsatz auch auf dem Konto bemerkbar machen muss. Deswegen haben wir zuletzt im Begleitgesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 70 Millionen Euro mehr für das KULAP und das Vertragsnaturschutzprogramm eingesetzt. Wir haben zusätzlich durch Wildlebensraum- und Biodiversitätsberater Signale mit dem Ziel gesetzt, Interessen auszugleichen und die Möglichkeiten des Staates effektiv zu nutzen.

Kein anderes Bundesland in Deutschland eröffnet so viele Möglichkeiten und Perspektiven und nimmt so viel Geld in die Hand wie Bayern. Beim "Fokus-Naturtag" haben wir erstaunliche Ergebnisse bei den Leistungen unserer Bäuerinnen und Bauern gesehen. Sie setzen Umweltmaßnahmen ganz selbstverständlich um. Deswegen war es uns wichtig, die Alltagskompetenz an den Schulen über Projektwochen zu verankern. Dabei informieren unsere Bäuerinnen und Bauern über ihre Arbeit in der Landwirtschaft.

Wir wollen die Bayerische Eiweißinitiative voranbringen, um weniger Soja aus Übersee importieren zu müssen. Wir fördern den Wein- und den Gartenbau. Wir haben die Initiative "boden:ständig" zur Entflechtung von Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft und Naturschutz gestartet, die äußerst erfolgreich ist. Wir stärken außerdem Wald und Forst, zum Beispiel indem wir die Wälder in artenreiche Mischwälder umgestalten.

Mit dem neuen Digitalprogramm unseres Ministerpräsidenten haben wir sehr viel Raum für Innovation. Die Arbeit, die in den bäuerlichen Betrieben geleistet wird, ist wirklich herausragend. Die Wertschätzung geht aber noch weiter: Unsere Bäuerinnen und Bauern erhalten und pflegen unsere Kulturlandschaft und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag.

Im KULAP und im VNP fördern wir durch zahlreiche Programme Biodiversität und Grundwasserschutz. Alle Maßnahmen sind jedoch freiwillig und stellen ein Angebot dar. Wir sehen, wie viele Landwirte sich daran erfolgreich beteiligen. Erst vor Kurzem haben wir einen Antrag auf Schaffung einer Weidetierprämie eingereicht, um gerade für unsere Schafhalterinnen und Schafhalter ein zusätzliches Standbein zu schaffen. Ab 20 Mutterschafen zahlen wir eine Prämie von 30 Euro; denn unsere Schafhalter sind unverzichtbar für unsere Landschaftspflege.

Wir fördern Imker durch Programme wie "Imkern auf Probe". Wir sind das einzige Bundesland, das einen Tiergesundheitsdienst eingerichtet hat. Ich könnte noch viel mehr Beispiele nennen. Zusammenfassend möchte ich feststellen: Unser Kulturlandschaftsprogramm umfasst mehr Agrar- und Umweltmaßnahmen als die entsprechenden Programme aller Bundesländer. Ich kann die Kollegen der SPD und der GRÜNEN nur auffordern, es in ihren Bundesländern genauso zu machen. Man kann von Bayern durchaus etwas abschauen und kopieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir bringen auch der Erzeugung von Lebensmitteln Wertschätzung entgegen. Dieses Thema geht uns alle an. Gerade für bayerische Produkte gibt es regionale und internationale Gütesiegel. Wir stärken die Direktvermarktung. Wir haben Bauernmärkte. Auf der Internationalen Grünen Woche hat unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zahlreiche Gespräche geführt und herausgestellt, wie toll unsere Bäckerinnen und Bäcker, unsere Gärtnerinnen und Gärtner sowie unsere Landwirtinnen und Landwirte arbeiten. Ich glaube, dass man hier auch deutlich die Wertschätzung erkennt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist immer leicht, sich hier herzustellen und irgendetwas zum Ausdruck zu bringen. Es ist aber unendlich schwer, kontinuierlich dranzubleiben und zu arbeiten. Wenn man aber sieht, was unsere Bäuerinnen und Bauern hier in Bayern an unternehmerischen Qualitäten zeigen, dann ist das ein Beispiel für Deutschland, für Europa, und es gilt, sie weiter zu begleiten und sie zu unterstützen. Die CSU steht dabei an ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat Herr Kollege Paul Knoblach vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Was zukünftige grüne Landwirtschaftspolitik anders machen wird und heute schon anders macht, das wurde bisher nur wenig erwähnt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das steht in Bayern auch nicht an!)

– Wir werden sehen.

(Horst Arnold (SPD): In Hessen auch nicht!)

Sie stärkt die ländlichen Räume dadurch, dass sie die Menschen wieder in die Landwirtschaft und in die Landschaft bringt. Andere wollen die vierte grüne Revolution mit Precision Farming. Sie stärkt die Hauptakteure, sie stärkt die Zufriedenheit der Bäuerinnen und Bauern, weil sie Wege ohne Agrochemie und ohne Mineraldünger aufzeigt. Andere hängen immer noch ihrem Wahlspruch "Wachsen oder Weichen" an. Die einzig zukunftsfähige, nämlich die grüne Landwirtschaft gibt unseren Nutztieren den Platz und das Futter, welches die Natur für sie vorgesehen hat. Andere wollen das Ende des Kastenstandes – wir schauen auf den 27.01. – auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Unsere grüne Landwirtschaftspolitik zieht ökologische Leitplanken ein und schützt damit die sehr stark unter Druck geratenen Güter Boden, Wasser und Luft. Unsere grüne Landwirtschaftspolitik verändert die Landschaft und macht unsere Regionen zu unseren Heimaten und das ganz ohne Chlor, Chemie, Geruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Stimme ist etwas angeschlagen, aber irgendwie wird das jetzt schon gehen. Gut, wir haben die Aktuelle Stunde: "Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern – Unternehmerische Freiheit statt Bürokratie". Ein schöner Satz. Zufällig stand der gleiche Satz am 24.10.2019 als Überschrift bei einer Pressemeldung des Bauernverbandes.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Jetzt könnte man natürlich sagen, man könnte sich auch selbst etwas überlegen, anstatt nur abzuschreiben, aber das ist jedem seine Sache. Der Antragsteller hat seine Rede mit dem Hinweis auf die Demonstrationen in Berlin begonnen: "Grüne Woche – Wir haben es satt." Ich gebe zu, ich war am Anfang auch ein paarmal dabei, weil das damals wirklich sachbezogen war. Da ging es gegen Dinge wie beispielsweise die grüne Gentechnik, was ich nach wie vor unterstütze. Wie sich das aber mittlerweile entwickelt hat, da weiß die Hälfte heute wahrscheinlich gar nicht mehr, für oder gegen was sie mittlerweile demonstriert und was man noch unterstützen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist beileibe nicht meine Art zu arbeiten. Dann wurde zu den FREIEN WÄHLERN gesagt: Hören Sie auf, Verständnis für die Landwirtschaft zu heucheln. – Ja, wer heuchelt denn da? – Wir haben einen stellvertretenden Bayerischen Ministerpräsidenten, der selbst ausgebildeter Landwirt ist.

(Ruth Müller (SPD): Ach?)

Großer Dank an Hubert Aiwanger, weil er wirklich die Ängste und die Nöte der Landwirte aufgreift. Er versteht sie nämlich, weil er nämlich mit Stallgeruch aus dieser Branche kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Das ist auch eines der Kernprobleme: 100 Leute reden über die Landwirtschaft, 98 kennen sich aus und 2 sind Bauern.

(Horst Arnold (SPD): Und was verspricht Aiwanger alles?)

Es gibt nur einen Beruf, bei dem wir noch mehr Fachleute haben als bei der Landwirtschaft, und das ist der Bundestrainer im Fußball.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Da haben wir nämlich sogar 100 %, die sich auskennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Er ist aber doch bloß der Vizetrainer!)

Wie aber arbeitet die AfD? – Die Kollegin hat das vorhin schon gesagt: In Bayern groß Polemik machen. Mir wurde berichtet, im EU-Parlament wurde kein einziger Antrag gestellt, keine einzige Wortmeldung gab es, es wurde nur kritisiert und polemisch gearbeitet. Leider müssen wir das jetzt in Bayern auch aushalten, wenn die in Europa so etwas machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Politik stellt Rahmenbedingungen, sie kann aber weder zaubern noch hexen. Wenn einer sagt, die Milch muss wieder einen Euro kosten und der Doppelzentner Getreide 50 Euro, dann geht das nicht. Politik ist nämlich ein bisschen komplizierter als einfache Sätze. Wir wissen: Die bayerischen Vorgaben, die deutschen Vorgaben und die europaweiten Vorgaben müssen eingehalten werden. Wir haben aber Stellschrauben und Möglichkeiten. Eine der wichtigsten Möglichkeiten ist für mich die Bildung, auch die Ausbildung. Wir haben es schon gehört, zu nennen sind beispielsweise die Projektwochen "Alltagskompetenz", aber auch die landwirtschaftliche Ausbildung und die Sicherung der Landwirtschaftsschulen sowie die Standortsicherung der Landwirtschaftsämter. Die Ämterreform hat da leider ganz schön viel kaputt gemacht, weil die Landwirte nicht mehr viele waren. Jetzt haben wir aber wirklich gute Chancen gehabt, bei den grünen Berufen wieder Aufschwung zu bekommen. Durch gewisse Ideologien hat man es sich aber wieder mit vielen jungen Leuten verscherzt. Wir haben vorhin die Zahlen erhalten, wie die Landwirtschaftsschulen mittlerweile bestückt sind.

Einige Themen: Düngeprobleme, auch darüber könnte man lange reden. Vor Kurzem war ich bei einem Vortrag vom Wasserwirtschaftsamt. Der Vertreter hat gesagt, Abwasser, Kläranlagen und Kanäle haben keinerlei Auswirkungen auf solche Dinge. Ich habe daraufhin gesagt: Ich bedanke mich für diese Aussage, weil ich nämlich, wie so viele andere hier, Kommunalpolitiker bin.

(Ruth Müller (SPD): Aber der Aiwanger sagt etwas anderes!)

Jeder Kommunalpolitiker wird sein Leben lang Abwasserkanäle sanieren. Der fängt in seiner Gemeinde vorne an und hört hinten wieder auf. Meine Gemeinde stellt jedes Jahr Millionen Euro dafür bereit. Wenn das aber keinerlei Auswirkungen

hat, dann können wir uns das sofort sparen. Dann war das nämlich praktisch überflüssig.

(Horst Arnold (SPD): Das kommt auf die Messstellen an!)

Gestern habe ich eine Nitratmessstelle mit einigen Kollegen von hier angeschaut. Wenn man uns nicht gesagt hätte, dass da Wasser ist, dann hätten wir das nicht gesehen, so wenig war das. Wir können also gern über diese Stellen reden, aber ich weiß nicht, wer diese Theorie entwickelt hat. Das war jedenfalls wirklich nicht gut.

Noch ein paar Sätze zu ein paar Kollegen. Lebensmittelpreise für sozial Schwache. Wir brauchen nicht jeden Tag ein Steak oder Filet. Es gibt auch Suppenfleisch und anderes. Was aber die Lebensmittelpreise für die Grundnahrungsmittel wie beispielsweise Nudeln, Kartoffeln, Reis, Semmeln oder Brot anbelangt, wenn da jemand sagt, ein sozial Schwacher würde wegen dieser Preise verhungern, dann frage ich mich schon: Was kostet ihn seine Schachtel Zigaretten? – Wobei ich ihm die auch vergönne.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss nur noch ein Satz, nachdem wir darauf hingewiesen wurden, die Redezeit muss genau eingehalten werden. Weil ich ausgebildeter Landwirt bin, weiß ich wirklich, wovon ich rede. Ich habe verschiedene Thesen darüber gelesen, wer das Schachspiel erfunden hat. Vielleicht kennen die meisten von euch diese Geschichte. Das Schachspiel wurde auf alle Fälle von einem einfachen Menschen für seinen Herrscher erfunden. Warum? – Weil der mächtigste König, die schönste Königin, der beste Springer und der stärkste Turm keine Chance ohne den Bauern hat. Ohne Landwirtschaft, ohne Bauern kann kein Volk leben. Unsere Regierungskoalition ist sich dieser Verantwortung bewusst. Deshalb tun wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles, um unsere bayerischen Bauern zu stützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Redezeit einzuhalten ist nicht ganz gelungen, aber der Ansatz war schon da. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Ralf Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten protestieren Landwirte gegen die verfehlte Agrarpolitik. Es wird viel versprochen, aber nichts passiert, beispielsweise bei der Düngemittelverordnung. Eine berechtigte Forderung der Landwirte ist die Entschärfung der Düngemittelverordnung und die Anpassung an die gute landwirtschaftliche Praxis. Wegen der neuen Düngemittelverordnung kommt es in vielen Gebieten bei einer Beschränkung auf 130 kg Stickstoff pro Hektar zu einer Unterversorgung mit Mineralstoffen, zu erheblichen Mindererträgen und langfristig zu einer Auslaugung der Böden.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Weder in Brüssel noch im Bund haben Sie einen Änderungsantrag eingebracht! Sie sind doch die Heuchler!)

Die geringeren Erträge führen zu geringeren Einnahmen bei den Landwirten. Diese werden aber nicht mehr durch Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes, ausreichend kompensiert. Die Bundesregierung hat Mitte September weitere Vorschläge für schärfere Düngeregeln an die EU-Kommission geschickt. Um den Eintrag zu reduzieren, sollen nun längere Sperrzeiten für das

Düngen auf Wiesen und Weiden im Herbst und Winter gelten. Dieser Referentenentwurf ist allerdings nicht geeignet, die wesentliche Kritik der Europäischen Kommission zu entschärfen.

Die Kommission hat in dem Mahnschreiben vom 25.07.2019 vor allem kritisiert, dass die Bundesregierung in der Düngeverordnung keine Vorgaben zur Differenzierung der Maßnahmen vorsieht. Die Bodenverhältnisse wie auch die Durchschnittstemperatur und die Niederschläge sind deutschlandweit äußerst unterschiedlich. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die von Deutschland bisher vorgelegten Daten zur Nitratbelastung des Grundwassers nicht ausreichen. Insbesondere wurde das zugrunde liegende Messstellennetz von der Kommission als unzureichend kritisiert. So wurden vielerorts rote Gebiete ausgewiesen, ohne dass die zugrunde liegenden Messwerte repräsentativ erhoben wurden. Obwohl die nächste Messstelle oft viele Kilometer vom landwirtschaftlichen Betrieb entfernt ist, liegt dieser im roten Gebiet, auch wenn der Brunnen vor der Haustür einwandfreie Nitratwerte aufweist. Deshalb fordern wir eine wissenschaftliche Überprüfung der Erhebungsmethoden und der Auswirkung der letzten Novellierung der Düngeverordnung, bevor überhastet weitere Verschärfungen umgesetzt werden.

(Beifall bei der AfD)

Eine Untersuchung der Nitratbelastung kommunaler und privater Brunnen könnte hier schon helfen. Die Düngeverordnung bringt es mit sich, dass ein Landwirt wegen der verschärften Anforderung an die Gülleausbringung für ein Güllefass mit Schlepplschläuchen und Schlepplschuhen bis zu 150.000 Euro bezahlen muss. Die Richtlinie 91/676/EWG des Europäischen Rates ermöglicht durch Öffnungsklauseln, die strengen Ausbringungswerte von derzeit 71 kg pro Hektar an Nitrat zu umgehen, wenn es die Bodenverhältnisse zulassen. Das trifft auf das bayerische Voralpenland zu. Die Verbringung von organischem Dünger in andere Gebiete Bayerns stellt für die Landwirtschaft in den betroffenen Gebieten eine besondere finanzielle Belastung dar, die weder wissenschaftlich noch fachlich zu rechtfertigen ist. Daher fordern wir die Anwendung der sogenannten Öffnungsklausel für das bayerische Voralpenland.

Außerdem fordern wir keine weiteren Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln. Die häufigste Ursache für Ernteverluste sind Schädlinge. Deshalb sind Pflanzenschutzmittel notwendig. Andernfalls droht ein drastischer Rückgang der Ernteerträge – teilweise um mehr als 50 %. Das Agrarpaket von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sieht unter anderem erhebliche Einschränkungen für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vor. Joachim Rukwied, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, stellt hierzu fest: Es würden Vorgaben gemacht, die in der Praxis so nicht umsetzbar seien. Wir könnten unsere Pflanzen so nicht vor Krankheiten und Schädlingen schützen.

Glyphosat wird beispielsweise in Deutschland in der Praxis nur noch dann verwendet, wenn Zwischenfrüchte im Winter aufgrund fehlender Minusgrade nicht abfrieren können, im Gegensatz zu den großen Exportländern für Agrarprodukte wie Argentinien. Dort wird gentechnisch verändertes Saatgut eingesetzt, das gegenüber Glyphosat resistent ist und zufällig vom gleichen Hersteller, Monsanto, stammt, ganz zu schweigen davon, dass dort der Einsatz von Atrazin noch praktiziert wird. Dies ist bei uns zu Recht schon längst verboten. Es handelt sich um eine klare Wettbewerbsverzerrung. Die AfD fordert keine weiteren Einschränkungen der unternehmerischen Freiheit, zum Beispiel durch Zwang zur ökologischen Bewirtschaftung im Rahmen des Gesetzes zur Artenvielfalt. Selbst überzeugte Biolandwirte befürchten dadurch ein Überangebot und in der Folge einen Preisverfall bei Bioprodukten.

(Beifall bei der AfD)

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Flierl: Für die Transparente in Berlin war nicht die AfD verantwortlich. Fakt ist: Die CSU lässt die Bauern sterben, und die AfD wird die Stimmen erben. So schaut es aus.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich habe noch 24 Sekunden Redezeit.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So viel Zeit muss sein!)

Frau Dremel, Sie waren in Argentinien dabei. Sie und die CSU haben für Monsanto gestimmt. Die AfD war als einzige Partei dagegen. Sie haben die Bauern verraten. Das ist Fakt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist eine reine Lüge!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Flierl von der CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Hochverehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirte in Bayern sind es in der Tat wert, in einer Aktuellen Stunde über ihre Zukunft zu diskutieren und vielleicht über den einen oder anderen Punkt zu streiten. Unsere Landwirtschaft ist ein wichtiger und bedeutender Berufsstand. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind Teil der Lösung der vielfältigsten Herausforderungen, wenn es darum geht, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Sie sind eine bedeutende Säule des ländlichen Raumes. Ich möchte auch die Themenbereiche Natur-, Umwelt- und Artenschutz nennen. Diese Ziele sind für die Gesellschaft nicht zum Nulltarif zu erreichen. Das ist klar. Deswegen wertschätzen wir die vielfältigen Leistungen unserer Bäuerinnen und Bauern und unterstützen sie durch politische Maßnahmen. Aber gerade die derzeitige Debatte zeigt eindrücklich, wer es mit der Landwirtschaft und ihrer Zukunft ernst meint, wer ihre Anliegen ernst nimmt und wer eine konkrete Vorstellung von ihrer Zukunft hat: Das sind die Regierungsfractionen und nicht die Parteien der Opposition.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Das ist automatisch so!)

Ich komme gleich zur SPD, die außer beißender Kritik nicht viel aufzubieten hat. Sie kann keine konkreten Lösungen benennen, nur Herausforderungen aufzeigen, genauso wie die Kolleginnen und Kollegen der AfD, die die üblichen Tiraden, Plattitüden und Unwahrheiten verbreiten.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich frage mich manchmal, ob Sie sich denn nicht selber informieren und wer Ihnen die schönen Reden schreibt, die Sie hier mehr schlecht als recht vorlesen. Ich höre aber nicht davon, welche Akzente Ihre Partei im Europäischen Parlament für die Landwirtschaft und unsere Bäuerinnen und Bauern gesetzt hat.

(Christian Klingen (AfD): Wir sind hier in Bayern!)

Nichts, Fehlanzeige!

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Reine Fehlanzeige und sonst nichts. Sie beschränken sich immer auf die Problemanalyse, anstatt Lösungsansätze zu bieten. Für Lösungen sind die CSU und die FREIEN WÄHLER zuständig, aber nicht Sie!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):
Zuständig schon!)

Die Problemlösung ist die Aufgabe der Politik. Hier setzen wir an. Es geht darum, gute und pragmatische Lösungen zu finden. Unklarheiten und Unzulänglichkeiten beim Volksbegehren haben wir mit dem Versöhnungsgesetz geglättet, indem wir bei den Biotoptypen vertretbare Definitionen eingefügt und Regelungen zum Walzverbot überarbeitet haben.

(Horst Arnold (SPD): Ein Volksbegehren glätten? – Das ist ja toll!)

Wir steuern im Verwaltungsvollzug bei entscheidenden Aspekten wie den Gewässerrandstreifen und der Düngeverordnung nach. Wir werden deutlich mehr Messstellen einrichten. Der Freistaat wird auf keinen Fall Maßnahmen zustimmen, die gegen die gute fachliche Praxis sind wie das Düngen von Zwischenfrüchten oder von Grünland in den roten Gebieten bzw. die pauschale Kürzung der Düngemöglichkeiten.

Meines Erachtens wird es bei den GRÜNEN ganz schlimm: Immerhin ist schon erreicht, dass die GRÜNEN Kreide gefressen haben. Noch im Dezember 2016 hat ihr Fraktionsvorsitzender Hartmann davon gesprochen, dass unsere Landwirte Boden- und Wasservergifter und Tierquälter ohne jegliches Verantwortungsbewusstsein seien.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie reden jetzt nur etwas eingeschränkt. Sie diffamieren weiterhin und reden einen Berufsstand schlecht. Sie wollen einen Staat, der straft und überbordend kontrolliert, und erweisen sich als Bürokratietreiber. Wir wollen einen Staat, der unterstützt, fördert, unsere Landwirte berät und bei aller notwendigen Überwachung und Kontrolle entsprechendes Augenmaß bei Kleinigkeiten zeigt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen uns auf allen Ebenen für einen Staat ein, der bei der Gemeinsamen Agrarpolitik unterstützt. In unserer Zuständigkeit als Freistaat setzen wir eigene Akzente im KULAP und im VNP mit den gesamten Maßnahmen der Investitionsförderung. Zusätzlich und neben diesen Maßnahmen schützen wir unsere Landwirte vor unberechtigten Angriffen. So wird unsere Landwirtschaft in Bayern weiterhin eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Aber zur SPD hat er nichts gesagt!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Flierl. – Ich darf den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda mit dem kontinuierlichen Hinweis auf zwei Minuten Redezeit aufrufen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier, verehrte Gäste auf der Tribüne! Herr Söder hat vor Jahresfrist in seiner Regierungserklärung das Versprechen gegeben, für Verlässlichkeit und Stabilität zu sorgen. Er wollte nachhaltig für die Bauern sorgen, innovative Landwirtschaft schaffen und die Existenz der Höfe – nicht der Bauern – sichern. Was ist daraus geworden? – Nichts bzw. noch nichts. Er hat aber noch vier Jahre Zeit. Das Höfesterben ist mittlerweile weiter vorangeschritten. Junge

Landwirte haben keine Perspektive. Sie misstrauen der Politik in Bayern, im Bund und in der EU. Viele wollen die Höfe ihrer Eltern nicht übernehmen. Das ist ihnen alles zu unklar und zu unsicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der traditionelle Bauer ist schon lange tot. Ihm folgte der gebildete Agrarökonom mit guter fachlicher Praxis; aber im eigenen Betrieb ist er zum bloßen Erfüllungsgehilfen einer EU-Kommissarswirtschaft degradiert worden, und nun ringt er um sein Selbstverständnis. Ist er als Bauer Unternehmer? Ist er Betriebsrat? Ist er Ernährer des Volkes? Ist er noch Bauer oder nur noch Landwirt? – Nichts dergleichen ist er. Er ist Opfer der Agrarbürokratie mit allumfassender Dokumentations-, Berichts- und Meldepflicht unter Offenlegung aller Betriebsdaten über Flächen, Viehbestand, Bewirtschaftung, Mitteleinsatz und Maßnahmen, geködert und geknebelt mit existenzsichernden Fördermitteln und Investitionsbeihilfen. Was ist der Lohn? – Der ist karg; für zwei Personen – Bauer und Frau, falls er eine gefunden hat – 60.000 Euro bei 200 Hektar.

(Widerspruch bei der CSU)

– Das ist der Durchschnittswert, sagen die Jungbauern.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss: Die potenziellen Jungbauern halten wenig von dieser Art von Ausrodung der Landwirte, und sie wandern in eine Work-Life-Balance ab, wie auch die Landärzte.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich für Ihren Beitrag und darf als nächste Rednerin die Frau Staatsministerin Kaniber aufrufen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe selten so viele Floskeln über die bayerische Landwirtschaft gehört wie von den Kollegen der AfD und den fraktionslosen Kollegen, die früher der AfD-Fraktion angehört haben. Diese Überschrift suggeriert, dass es, wenn ein Landwirt allein unternehmerisch wirtschaftet, was er eigentlich sowieso tut, möglich sein könnte, sich automatisch von einer Gesetzgebung zu lösen, und somit jeglicher bürokratischer Aufwand schwinden würde. Was für ein Trugschluss!

Was soll ich nun sagen? – Kein Wunder, dass jemand, der den Artenrückgang und den Klimawandel leugnet, nichts für Maßnahmen im Sinne des Umweltschutzes, des Naturschutzes und des Tierwohls übrighat. Sehr geehrte Damen und Herren der AfD, ich kann Ihnen nur raten: Legen Sie die Brille der Vergangenheit ab! Es gibt sehr wohl Herausforderungen im 21. Jahrhundert, auf die wir uns einstellen sollten.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ach Gott, jetzt kommt das wieder!)

Ich lasse es einfach nicht zu, dass Sie die Stimmung so madig machen. Das Einzige, was Sie können, ist nämlich, in Ihrem Tunnelblick zu verharren und dabei zu versuchen, politisch zu punkten und Wählerstimmen für sich zu gewinnen.

(Zuruf von der AfD)

Bayern schaut da ganz klar nach vorne. Bayern schaut im Sinne seiner Landwirtschaft zukunftsgerichtet nach vorne. Wir setzen uns für praktikable Regelungen ein, für möglichst lange Übergangszeiten, die wir brauchen, wenn es um Stallbauten geht. Aber vor allem setzen wir uns für Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht ein. Zu

polemisieren und komplexe Probleme bis zur Unkenntlichkeit zu vereinfachen, nur damit es sich draußen gut anhört, reicht lange noch nicht, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

Als ich auf der Regierungsbank gesessen bin, musste ich Ihre Kollegen sagen hören, dass es die Düngeverordnung nicht braucht. Da haben Sie sich aber geschnitten!

(Zurufe von der AfD)

Wir brauchen die Düngeverordnung. Auch die bayerische Landwirtschaft und explizit die Landwirte stehen dazu. Wir sagen Ja zum Grundwasserschutz, wir sagen Ja zur Düngeverordnung, aber eben nur dann, wenn es fachlich berechtigt ist. Wir bleiben dabei. Es war Bayern. Wir haben das Moratorium gefordert. Wir waren es, die ganz klar gesagt haben, dass man sich an der guten fachlichen Praxis bei der Sommerdüngung und bei der Ausbringung von Gülle auf Grünland ausrichten und vor allem eine Erleichterung bei den Aufzeichnungspflichten schaffen sollte.

Wir machen unsere Hausaufgaben. Schauen Sie sich das Messstellennetz an. Der Kollege Glauber ist jetzt leider nicht da. Aber auch wir kämpfen dafür. Wir werden versuchen, in Windeseile 1.500 Messstellen möglich zu machen. Wir werden eine Modifizierung der Binnendifferenzierung bei den roten Gebieten vornehmen. Da brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht von der AfD.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das ist kommunistisches Teufelszeug! Das kommt aus Thüringen! Um Gottes willen!)

Ich möchte einen Appell an Sie richten: Es ist nicht richtig, wenn Sie Ängste schüren, was das Mercosur-Abkommen angeht. Da müssen wir bei der Wahrheit bleiben. Dann müssen Sie das in seiner Komplexität erklären. Es geht darum, dass derzeit nur eine Gemeinschaftserklärung verabschiedet ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Es wurde noch über nichts abgestimmt. Wir werden da ganz genau hinschauen, nicht nur, wenn es um den Produktstandard geht, sondern auch, wenn es um die Produktionsstandards geht. Wenn es dann tatsächlich so ist – momentan zeichnet es sich so ab –, dass Dinge, die festgeschrieben wurden – auch bei einem Pariser Klimagipfel –, nicht eingehalten werden, werden wir dem Ganzen nicht zustimmen.

Aber eines ist klar: Hören Sie auf, im wahrsten Sinne des Wortes die Grenzen hochzuziehen, wenn es um den Freihandel und den Handel geht; denn auch da ist unsere Landwirtschaft im positiven Sinne schwerst verhaftet. Wir erreichen damit die Sicherung des Wohlstandes und die erforderliche Wertschöpfung. Für das Überleben unserer Landwirte brauchen wir genau diesen Weltmarkt.

(Zuruf von der AfD)

– Ich habe es schon gesagt. Ihre Realität, Herr Mannes, schaut eben genau anders aus.

(Lachen bei der AfD)

Grenzen hochzuziehen und die Agrarpolitik zu renationalisieren, ist hier absolut kontraproduktiv. Das kann ich Ihnen sagen. Exportstarke Länder wie Bayern können es sich einfach nicht erlauben, sich nicht mehr am Markt zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Ich finde es fast ein bisschen billig, die Bauern vor sich herzutreiben und zu sagen, die CSU lässt sie da alleine. Bayern hat beim "Aktionsprogramm Insektenschutz" gegenüber dem Bund sehr deutlich klargemacht, wo wir hier noch die einen oder anderen Veränderungen brauchen werden. Es gibt zwar einen Beschluss im Bundeskabinett, aber es ist noch kein einziges Gesetz dazu geschrieben. Was Sie wirklich gut können: den Menschen Angst machen, manche Dinge unter den Tisch fallen lassen und dann glauben, dass sie Ihnen folgen werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Diese Rechnung geht nicht auf. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Unser Fokus liegt auf dem "Aktionsprogramm Insektenschutz", das wir ganz klar verfolgen werden – mit unseren Abgeordneten im Bund und mit den Kabinettsmitgliedern.

Wir fordern ganz klar, dass es keine weitere Verschärfung geben darf, auch nicht über das Volksbegehren, wie es in Bayern geschrieben wurde, hinaus. Augenmaß ist erforderlich. Natürlich werden wir das begleiten. Es darf nicht zu Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln auf Randstreifen und in Schutzgebieten kommen oder sogar zur Einführung von Refugialflächen.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, weil es mir so wichtig ist: Sie haben vorhin die GAP und diese Denke der Direktzahlungen angesprochen. Das haben Sie auch in verschiedenen Anhörungen und im Ausschuss immer wieder breitgetreten. Es ist nämlich die AfD, die mit Genugtuung die Direktzahlungen abschaffen würde. Ich kann Ihnen nur sagen: Da legen Sie die Axt genau bei unseren kleinen Bauern an. Damit regen Sie den Strukturwandel an.

(Ralf Stadler (AfD): Schon wieder falsch! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Sie können alles nachlesen. Ich habe letzte Nacht alles von Ihnen gelesen, Herr Stadler.

(Beifall bei der CSU)

Hier muss man sich tatsächlich genau überlegen, wie man seine Landwirtschaft in eine gute Zukunft führt. Ich möchte nur daran erinnern, dass es Bayern war, das die ersten Hektare finanziell tatsächlich besser ausgestattet hat. Wir werden auch in Zukunft dafür kämpfen, dass unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft hier gestärkt wird, indem wir diese finanzielle Unterstützung am besten verdoppeln. Wir müssen schauen, dass wir die Jungbauernprämie aufrechterhalten und Nebenerwerbslandwirte antragsberechtigt bleiben. All das kann man im Übrigen nur verhandeln, wenn man Europa liebt, Herr Stadler, und nicht wie Sie und die AfD denkt, die überhaupt keinen Willen und keinen Mut zu einem tollen Europa haben.

(Zurufe von der AfD)

Ich möchte an dieser Stelle so verbleiben: Wir haben uns mit aller Kraft dafür eingesetzt – wir haben es von den Kollegen gehört –, Alltagskompetenzen, aber eben auch die Wertschätzung und die Wertschöpfung bei bayerischen Produkten möglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Kantinen zu 50 % regionale und bio-regionale Ware angeboten wird. Das ist ein guter Vorsatz. Das Ziel sollten wir alle anstreben; denn das schafft tatsächlich regionale Märkte und die Möglichkeit für unsere Landwirte,

(Zuruf von der AfD)

ihre Ware loszubringen.

Ich bleibe dabei: Die AfD betreibt immer wieder ihr altes Spiel. Sie spielt mit den Ängsten der Menschen. Ich sage Ihnen eines: Unsere bayerischen Bauern brauchen Wertschätzung. Sie brauchen Menschen, die sie in eine gute Zukunft führen.

(Zuruf von der AfD: Hilfe! Sie brauchen Hilfe!)

Sie brauchen vor allem keine Leugner von Fakten, sondern sie brauchen wahrlich Unterstützer, um die Herausforderungen der Zukunft zu erkennen und die Probleme zu lösen.

(Zuruf von der AfD: Die kriegen sie von der AfD!)

Mit Verlaub, ich muss den Satz loswerden: Für mich sind und bleiben Sie billige Bauernfänger. Unterschätzen Sie unsere Bauern nicht; denn sie sind wirklich gescheite Leute, die sich von Ihnen nicht radikalieren lassen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Frau Staatsministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Klaus Stöttner u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Aufnahme einer
Regelung zur Kurbeitragsfähigkeit von überregionalen ÖPNV-
Leistungen für Gäste (Drs. 18/5611)**

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache durch einen Vertreter der CSU-Fraktion werden miteinander verbunden. Damit stehen der CSU-Fraktion 14 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ist wie folgt: GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD 4 Minuten, SPD 4 Minuten, FDP 4 Minuten, Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordnete Rainer Swoboda und Markus Plenk haben jeweils 2 Minuten Redezeit.

Zur Begründung vonseiten der CSU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Stöttner das Wort. Herr Abgeordneter Stöttner, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die lange Redezeit. Wir werden über ein so wichtiges und eher unstrittiges Gesetz nicht so ausführlich diskutieren müssen wie in der aktuellen Stunde.

Es geht hier um die Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Regelung der Kurbeitragsfähigkeit von überregionalen ÖPNV-Leistungen für Gäste. Wir möchten bei diesem Gesetz Folgendes auf den Weg bringen: Wir haben in Bayern circa 46 Heilbäder, in denen Kurbeiträge gezahlt werden. Die Verwendung dieser Kurbeiträge unterliegt dem Kommunalabgabengesetz. Aktuell müssen diese Beiträge in Maßnahmen für eigene Einrichtungen und Veranstaltungen der jeweiligen Kommune investiert werden. Diese Beiträge dürfen leider nicht zur Unterstützung des

ÖPNV verwendet werden. Viele Tourismusregionen vergeben Kurkarten. Im Allgäu gibt es zum Beispiel die "KönigsCard", mit der auch der öffentliche Personennahverkehr benutzt werden kann. Diese Angebote können jedoch nicht durch Kurbeiträge finanziert werden.

Ich möchte dem Präsidenten des Heilbäderverbandes Klaus Holetschek sehr danken, der das Anliegen eingebracht hat, das Kommunalabgabengesetz zu ändern, um eine Regelung zur Kurbeitragsfähigkeit von überregionalen ÖPNV-Leistungen für Gäste zu ermöglichen. Das bisherige Gesetz hat dieses Bedürfnis nicht abgebildet und muss daher novelliert werden. Wir wollen im vorliegenden Gesetzentwurf die Erweiterung der Handlungsspielräume angehen und den öffentlichen Personennahverkehr den Bedürfnissen der Kurgäste anpassen. Die Regelung zum Kurbeitrag in Artikel 7 des Kommunalabgabengesetzes muss angepasst werden, um den Gemeinden finanzielle Möglichkeiten zu geben. Diese Regelung ist vor allem in Bayern wichtig, weil Bayern das Tourismusland Nummer eins ist. Dort, wo Heilbäder funktionieren, funktioniert auch der Tourismus. Die Lokomotive des Tourismus sind die Heilbäder, die in allen Regionen Bayerns exzellent modernisiert sind; denn der Freistaat Bayern investiert viel Geld in die Heilbäder.

Wir müssen den Bürgermeistern mehr Handlungsspielraum geben, damit ein modernes ÖPNV-Konzept auf den Weg gebracht werden kann. Der Staatsregierung unter der Leitung von Ministerpräsident Markus Söder und von unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ist ein modernes, schlüssiges Konzept wichtig. Viele Kurgäste reisen etwa mit dem Zug, einem Anruf-Sammeltaxi oder mithilfe des IST-Mobils an. Es geht also um ein modernes Konzept, das moderne Lösungen wie beispielsweise Mytaxi bzw. FREE NOW einbezieht, um auch ein unrentables ÖPNV-Konzept zu unterstützen.

Schön ist dabei, dass uns dieses Gesetz kein zusätzliches staatliches Geld und keine Steuergelder kostet, sondern bloß richtiges Lenken staatlich organisierter Beiträge und eine entsprechende Öffnungsklausel verlangt. Wir wollen, dass prädi-katisierte Gemeinden, also Gemeinden mit einer hohen Qualität, die Möglichkeit einer Öffnungsklausel haben. Es geht hier um eine klare Regelung, die diese Finanzierung unterstützt. Deswegen wird diese Maßnahme dem Tourismus guttun; denn der Freistaat Bayern hat es geschafft, die Strukturen Bayerns durch kluge Investitionen in Strategie, Modernisierung und auch in die Digitalisierung wirklich zu verbessern. Sehr wichtig sind uns schlagkräftige Strukturen, ein tolles ÖPNV-Konzept und richtige Investitionen in die Hotels, um Bayern eine gute Zukunft zu bereiten.

Deswegen bitte ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diesen in Erster Lesung vorgelegten Gesetzentwurf zu unterstützen und in den Ausschuss zu verweisen, damit die Öffnungsklausel demnächst umgesetzt werden kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Ich darf als nächsten Abgeordneten Herrn Christian Zwanziger von den GRÜNEN aufrufen.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stöttner, Sie haben es bereits vorweggenommen: Das Gesetz ist auch aus unserer Sicht tatsächlich unstrittig. Auch Baden-Württemberg hat damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Deswegen kann ich für uns sagen: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden den Gesetzentwurf unterstützen und im Ausschuss kritisch begleiten.

Allerdings möchten wir ein bisschen Wasser in den Wein schenken: Sie haben gesagt, die prädikatisierten Kurorte bekämen die Möglichkeit, in den ÖPNV zu investieren. Aber das löst das Problem nicht, dass der ÖPNV Geld kostet. Sie haben bereits gesagt, ein Vorteil des Gesetzes sei es, dass es für die Staatsregierung zum Nulltarif sei. Aber die Frage ist: Wie schaffen wir es, dass der ÖPNV insgesamt attraktiver wird und man zum Beispiel als Gast vom Bahnhof Bad Birnbachs nicht nur den selbstfahrenden Bus benutzt, sondern auch mit dem Zug nach Bad Birnbach kommt?

(Zuruf von der CSU: Das ist ein schöner Anfang!)

Es gilt also, den angesprochenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Wir befürchten aber, das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, weil es in ganz Bayern am ÖPNV fehlt. Wir wollen als GRÜNE für den Tourismus in ganz Bayern etwas tun. Hierfür hätte ich folgende Vorschläge, die wir weiterverfolgen können:

Sie haben gesagt, der Tourismus boome, der Tourismus sei in Bayern ein wichtiges Standbein, und haben die Kur- und Heilbäder angesprochen. Auch viele andere Tourismusregionen Bayerns würden davon profitieren, wenn der ÖPNV und der umwelt- und klimafreundliche Verkehr besser funktionieren würden. Was nutzt es zum Beispiel, wenn im Alpenvorraum der Tagestourismus Gefahr läuft, dass der Tourismus selber vor Ort als Problem identifiziert wird? Dafür brauchen wir eine Lösung. Ich bin gespannt. Wir werden in dieser Woche im Wirtschaftsausschuss auch unseren Antrag zum Tagestourismus beraten. Ich hoffe dabei natürlich auf Ihre Unterstützung; denn vor Ort wollen die Leute den Tagestouristen, der mit dem funktionierenden und pünktlichen Zug mit Lokomotivführer in den Alpenraum fährt und im Wohngebiet keinen Stau auf dem Parkplatz verursacht. Da müssen wir hinkommen. Dafür braucht es wirklich mehr Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe letztes Jahr einen kleinen Selbstversuch in Form einer Tourismustour mit Rad und Bahn durch Ostbayern gemacht. Ich hebe halt das Rad in den Wagen, wenn dieser für eine Fahrradmitnahme ungeeignet ist, aber für Leute, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist das schwierig. Da müssen wir vorankommen. Ich habe erlebt, dass in Bayern manche Bahnen an den Wochenenden im Tourismusverkehr ehrenamtlich fahren, zum Beispiel die Ilztalbahn. Auf diesem Gebiet können wir für den ÖPNV etwas tun und den Tourismus stärken. Die Ilztalbahn muss einfach wieder fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings gibt es auch Fälle, in denen zum Beispiel ein Kurgast mit dem Zug oder mit dem Zug und dem Rad in einem Kur- und Heilort ankommt und vor Ort dank der Gesetzesänderung bessere ÖPNV-Angebote nutzen kann, aber am Bahnhof das letzte Schließfach abgebaut worden ist, weil am Bahnhof der Bäcker gewechselt hat. Auch das habe ich auf meiner Tour erlebt. Wir müssen diese Probleme angehen und den ÖPNV und den Zugverkehr attraktiver gestalten, damit auch der Tourismus attraktiver wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten natürlich auch alle Kommunen stärken, indem wir die ÖPNV-Zuweisungen erhöhen. Wir haben jetzt bald Haushaltsberatungen. Ich weiß, Sie erhöhen das schon; aber auch Sie wissen, dass es wahrscheinlich mehr braucht, damit wir das tatsächlich anpacken können. Da würden wir uns natürlich eine kritische Prüfung und wohlwollende Zustimmung zu unseren Haushaltsanträgen wünschen.

Nächstes Thema: Verkehrsverbünde. Als Tourist komme ich irgendwo hin und habe am Ende eine Bushaltestelle, bei der der Fahrplan mehr Fußnoten als Busabfahrtszeiten aufweist; das bringt nichts. Der Tourist, der diese Buslinie nutzt, ist entweder mutig oder hat sich vorher gut informiert. Also, lassen Sie uns das auch angehen mit einer App, und lassen Sie uns endlich flächendeckende Verkehrsverbünde schaffen, lassen Sie uns flächendeckend ein übersichtliches Tarifsystem schaffen, das man als Kurgast, aber natürlich auch als Gast vor Ort gerne nutzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfahrung zeigt: Überall da, wo es funktioniert und wo es Fortschritte gibt – ich hebe das "Gästeservice Umwelt-Ticket" – GUTi – in Ostbayern, im Bayerischen Wald, hervor –, profitiert von einem sinnvollen und guten ÖPNV nicht nur der Kurgast, nicht nur der Tourist, sondern auch die Leute vor Ort profitieren davon. Deswegen ist das eine super akzeptierte Maßnahme. Der Freistaat könnte den Kommunen ruhig mehr Unterstützung zukommen lassen, um sie in die Lage zu versetzen, ein gutes ÖPNV-Angebot auf die Beine zu stellen. Fangen wir doch einfach damit an, dass auf jeder Buslinie, die es in Bayern schon gibt, jeder Bus im Stundentakt fährt! Das wäre doch mal ein Anfang. Das würde über die Kur- und Heilorte hinausgehen, deren Anliegen wir aber auch unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Zwanziger. – Ich darf den Herrn Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Um es vor auszuschicken: Wir stehen den geplanten Änderungen durchaus positiv gegenüber. Die Tatsache, dass mit der beantragten Änderung des Kommunalabgabengesetzes den Tourismusverantwortlichen in den zahlreichen Kurorten in Bayern mehr Flexibilität bei der Verwendung von Kurbeiträgen gestattet wird, ist in unseren Augen eine angemessene Lockerung unnötiger Vorschriften, sogar eine Stärkung der Selbstverantwortung der Kommunen in Bayern.

Kurorte in Bayern mussten seit der Gesundheitsreform im Jahr 1994 teils erhebliche Einschnitte in ihrem Kurwesen hinnehmen. In meiner Heimatstadt Bad Aibling ist das Kurwesen im Vergleich zu den glorreichen 1980er-Jahren mit der Gesundheitsreform nahezu zum Erliegen gekommen. Nur mit Mühe und viel Aufwand gelang es nach dem Wegfall der zahlreichen Moorkuren den vielen, stark am Kurwesen ausgerichteten Betrieben, wieder Fuß zu fassen. Enorme Investitionen in neue Geschäftsbereiche waren nötig. Viele hatten es damals richtig schwer, und zahlreiche Einrichtungen von damals sind heute nicht mehr vorhanden.

Nicht nur Bad Aibling ereilte dieses Schicksal, sondern in ähnlicher Form viele weitere Kommunen in Bayern. Die negativen Auswirkungen der Gesundheitsreform unter dem damaligen Gesundheitsminister Horst Seehofer von der CSU dauern bis heute an.

Aus der Not heraus haben sich bereits damals viele Kurorte zusammengetan und haben Kooperationsmöglichkeiten gesucht. Lange vorbei, rund 25 Jahre, sind die Zeiten, in denen sich einzelne Kurorte mit ihren Kuranwendungen selbst vermarkten konnten. Der Kurgast von heute ist ein anderer geworden. Oftmals sind es Gäste, welchen keine Kur genehmigt wurde; vielmehr sind es Gesundheitstouristen, welche auf eigene Kosten Leistungen in einem Kurort in Anspruch nehmen. Dies hat oftmals weniger den Charakter einer Kur mit zahlreichen kurspezifischen

medizinischen Anwendungen, sondern eher den Charakter einer Erholungs- und Wellnessreise. Entsprechend haben sich auch die Aufenthaltszeiten in den Kurorten stark verkürzt, was wiederum Auswirkungen auf den Hotel- und Gaststättensektor hat.

Umso wichtiger ist es, den Kurorten Möglichkeiten zu geben, noch intensiver, eben beispielsweise bei Angeboten des ÖPNV, mit anderen Destinationen zu kooperieren. Die Möglichkeit zur Nutzung des überregionalen ÖPNV eröffnet Gesundheitstouristen die Freiheit, insbesondere bei Kurorten in ländlichen Regionen, mal nicht auf das eigene Fahrzeug angewiesen zu sein, nicht vom Straßenverkehr gestresst zu sein, sondern gemütlich mit Bus und Bahn nach einer Wanderung oder nach einer Radtour wieder zurück zum Kurbetrieb zu finden.

Derartige Konzepte werden in anderen Tourismusregionen bereits verfolgt. Ein Blick beispielsweise nach Südtirol: Dort gibt es die "VinschgauCard". Die Gäste können dort beispielsweise kostenlos die Bahn und andere öffentliche Verkehrsmittel benutzen sowie ermäßigte Tickets für Seilbahnen, Museen und Freizeiteinrichtungen erhalten.

Unsere Tourismusverbände sind prinzipiell darauf vorbereitet. Wir denken aber immer noch sehr regional, sehr kleinstrukturiert. Ich denke zum Beispiel an meine eigene Region: Auf der Rosenheimer Seite gibt es am Chiemsee den Chiemsee-Alpenland Tourismusverband, auf der Traunsteiner Seite den Chiemgau Tourismus e. V. Beide Organisationen sind sich immer noch nicht einig geworden, auch wegen der Kommunalpolitik. – Lieber Kollege Klaus Stöttner, auch da waren deine Leute leider auf dem falschen Weg. Ich bin froh, dass die CSU wenigstens hier im Landtag die Zeichen der Zeit erkannt hat und Kooperationen möglich macht. Nichtsdestoweniger ist Besserung in Sicht. Ich denke, dass nach dem 15. März mit der AfD mehr Vernunft in die Kommunalpolitik einziehen wird.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Klaus Adelt von der SPD-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Adelt, Ihnen gehört das Rednerpult – für vier Minuten.

(Klaus Adelt (SPD): Das gehört schon immer noch dem Landtag! – Heiterkeit bei der SPD)

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten sechs Jahren habe ich gelernt, dass man maximal zehn Prozent der Redezeit für das eigentliche Thema verwenden und sich ansonsten an anderen Dingen ergötzen kann. Ich möchte das anders machen. Die interkommunale Zusammenarbeit ist schon immer ein Thema der SPD gewesen und wird es auch immer bleiben. Die hier vorgeschlagene Öffnung bei den Kurbeiträgen ist mehr als sinnvoll. Eigentlich müsste das KAG komplett danach durchforstet werden, ob es darin Hindernisse gibt, die eine interkommunale Zusammenarbeit behindern; denn gerade im Kurgästesektor ist sie das A und O.

Wie bereits angesprochen, ist es nicht nur der ÖPNV, sondern sind es viele andere Dinge, die gemeinsam organisiert werden und auch gemeinsam finanziert werden sollten. Hier ist die Haupteinnahmequelle oder eine der Haupteinnahmequellen der Kurbäder, der Kurgastbeitrag, durchaus zu verwenden. Ich halte das für eine sehr gute Sache. Wir von der SPD-Fraktion werden dem Gesetzentwurf zustimmen; denn es ist möglich, den ÖPNV überregional zu organisieren und zu finanzieren, und hilft hier entscheidend weiter, das Angebot attraktiver und für Kurgäste besser zu machen.

Kurz und gut: Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu, und ich bitte, die noch verbliebene Redezeit dem Redezeitkonto der SPD gutzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, wir werden es uns überlegen. – Als Nächster hat sich Herr Kollege Alexander Muthmann von der Fraktion der FDP zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stöttner hat diesen Gesetzentwurf – wie es auch in der Überschrift steht – vor allem auch mit Blick auf den ÖPNV begründet, allein ein Stück weit verschwiegen, dass er – und das begrüßen wir auch – noch ein gutes Stück darüber hinaus geht. Was haben wir bisher? – Eine Regelung, die vor allem den Gemeinden für ihre eigenen Einrichtungen eine Finanzierungsmöglichkeit durch die Kurgäste eröffnet, für Wander- und Radwege, klassische Touristeninformationen, Kurpark, Hallenbad und die Organisation von Veranstaltungen. Jetzt können die Gemeinden mit diesem Gesetzentwurf auch Finanzierungen von Einrichtungen, die sie nicht selbst vorhalten, übernehmen. Das wird eine Erleichterung der kommunalen Zusammenarbeit mit sich bringen. Ich denke, es erzeugt ein Stück weit mehr Motivation, wenn man auch für nicht eigene Einrichtungen Finanzierungsmöglichkeiten nicht nur aus dem eigenen Haushalt, sondern eben auch durch die Kurgäste eröffnet bekommt. Das halten wir für richtig und für wichtig.

Dass darüber hinaus findige Kommunen da und dort auch heute schon diese Dinge ein Stück weit mit eingerechnet haben, ist auch ein Teil der Wahrheit, sodass wir uns mit dieser veränderten Rechtslage der Praxis ein wenig annähern. Dies ist auch ein Argument dafür, zu sagen, dass es dafür ein Bedürfnis gibt. In diese Richtung wollen wir uns bewegen, sodass wir zusammengefasst sagen können: Das ist nicht nur, aber auch mit Blick auf den ÖPNV – der Kollege Zwanziger hat als Beispiel das GUTi schon angesprochen, wo das schon praktiziert wird – eine richtige Entscheidung, die wir gerne unterstützen, aber auch ein Hinweis darauf, dass der Staat seinen Beitrag bei den Bemühungen um ein weiter verbessertes ÖPNV-Angebot leisten soll. Das sollte er nicht nur in den Ballungsräumen über das 365-Euro-Ticket tun, sondern auch in den ländlichen Regionen, wo diese prädikatisierten Gemeinden und Kurorte liegen. Wir werden diese Forderung weiterverfolgen. Sie spielt aber hier und heute bei dem vorliegenden Gesetzentwurf zentral keine Rolle.

Deswegen noch einmal: Der Vorschlag, die Kurgäste zur Finanzierung des ÖPNV mit heranzuziehen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir auch gerne unterstützen. Wir werden die Dinge im Ausschuss noch vertiefen, aber im Kern können wir Zustimmung signalisieren.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Muthmann und darf als letzten Redner den Kollegen Joachim Hanisch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen. Herr Kollege Hanisch, bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Interkommunale Zusammenarbeit wünschen wir uns eigentlich alle; wir propagieren sie immer aus Gründen der Kostenersparnis. Dann müssen wir aber feststellen, dass das Kommunalabgabengesetz in manchen Teilen hinderlich ist, insbesondere wenn es um die Verwendung von Kurbeiträgen geht. Die Kurbeiträge dürfen nämlich nur zur Finanzierung von Maßnahmen herangezogen werden, die von der jeweiligen Gemeinde durchgeführt werden. Wie will ich aber einen öffentlichen Personennahverkehr sinnvoll gestalten, wenn ich an der

Gemeindegrenze aufhören muss? – Das geht einfach nicht. Wir wünschen uns Urlauber, die im besten Fall gerade unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes mit dem Zug oder dem Omnibus kommen, die den öffentlichen Personennahverkehr vor Ort benutzen und die natürlich auch in die Nachbargemeinden fahren wollen, um die dortigen Sehenswürdigkeiten anzuschauen. Da ist es wichtig, die Urlauber zu animieren, auf das Auto zu verzichten und mit den öffentlichen Personennahverkehrsmitteln zu uns zu kommen. Dann müssen wir aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kommunen den ÖPNV mit den Kurbeiträgen über die Gemeindegrenzen hinaus gestalten können. Wenn sich die Kommunen hier vernünftigerweise zu Verbänden zusammenschließen, ist das erreicht, was wir uns alle wünschen.

Die Voraussetzungen dafür zu bieten, ist Aufgabe des Bayerischen Landtags. Deshalb haben die CSU und die FREIEN WÄHLER dieses Thema aufgegriffen. Mit dem Gesetzentwurf wollen wir den Kommunen – das ist jetzt etwas pauschal gesagt; genau genommen können 358 Kommunen in Bayern Kurbeiträge erheben; immerhin betrifft das 17,4 % der Bevölkerung – diese Möglichkeit eröffnen. Ich hoffe und wünsche, dass wir in den Diskussionen im Innenausschuss ein vernünftiges Ergebnis erzielen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hanisch. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Dann frage ich noch Herrn Plenk, ob er auch einverstanden ist. – Gut. Damit hat der Landtag diese Voten übernommen.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 4**:

**Bestellung
eines nicht parlamentarischen Mitglieds des Stiftungsrats der
Bayerischen Landesstiftung**

Gemäß Artikel 8 Absatz 2 Nummer 5 des Gesetzes über die Bayerische Landesstiftung gehören dem Stiftungsrat auch zwei auf dem Gebiet der Finanz- und Vermögensverwaltung fachkundige nichtstaatliche Vertreter an. Diese werden vom Stiftungsrat vorgeschlagen und vom Landtag auf fünf Jahre bestellt, zuletzt am 26. Juni 2018.

Nachdem das bisherige Mitglied Herr Harald Strötgen seine Tätigkeit als Mitglied des Stiftungsrats zum Jahresende 2019 aus Altersgründen beendet hat, ist ein

Nachfolger zu bestellen. Mit einstimmigem Beschluss vom 3. Dezember 2019 schlägt der Stiftungsrat dem Landtag vor, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Ingolstadt Eichstätt, Herrn Dieter Seehofer, als Mitglied des Stiftungsrats zu bestellen. Dieser hat seine Bereitschaft erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über den Vorschlag des Stiftungsrats ohne Aussprache abgestimmt werden soll. Wer mit der Bestellung von Herrn Dieter Seehofer als Mitglied des Stiftungsrats der Bayerischen Landesstiftung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Was ist mit den GRÜNEN? – Habt ihr eine Meinung?

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wir haben zugestimmt!)

Ich muss leider noch einmal fragen und jeden bitten, die Hand zu heben, der einverstanden ist.

(Widerspruch)

– Gut, dann machen wir es einfacher: Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Da ist eine verspätete Zustimmung. Stimmenthaltungen? – Gibt es auch nicht. – Doch, eine Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist Herr Dieter Seehofer zum Mitglied des Stiftungsrats der Bayerischen Landesstiftung bestellt worden.

Wir haben jetzt eine sehr seltene Situation. Ich muss sagen, ich habe bisher in meiner parlamentarischen Laufbahn selten erlebt, dass wir so rekordverdächtig schnell am Ende der Sitzung angelangt sind. Ich sage das ausdrücklich für die Besucherinnen und Besucher. Ich habe gesehen, dass eine Gruppe aus München anwesend ist. Da ist es vielleicht kein Problem, wenn die Sitzung eine Viertelstunde eher aus ist. Der Hintergrund ist folgender: Wir hatten diesmal nur zwei große und zwei kleine Tagesordnungspunkte. Ansonsten gibt es in diesem Hause auch Sitzungen, die über Nacht bis 05:30 am Morgen dauern. Aber das wollen wir Ihnen nicht zumuten. – Ich wünsche allen noch einen schönen Nachmittag und alles Gute für das kommende Jahr.

(Schluss: 15:47 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
 Hochschulen reformieren I – Matrixstruktur einführen (mit Experimentierklausel)
 Drs. 18/3939, 18/5192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	ENTH	Z

2. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
 Hochschulen reformieren II – Globalbudget ermöglichen
 Drs. 18/3940, 18/5193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	ENTH	Z

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren III – Globales Lehrdeputat einführen
Drs. 18/3941, 18/5194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren IV – Vorstudium und Studium generale einführen
Drs. 18/3942, 18/5195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren V – Ausreichend forschungsunterstützendes Personal für Hochschulen für angewandte Wissenschaften zur Verfügung stellen
Drs. 18/3943, 18/5196 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren VI – Promotionsrecht reformieren
Drs. 18/3944, 18/5197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren VII – Synergien von Spitzentechnologien nutzen
Drs. 18/3945, 18/5198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren VIII – Tenure-Track-Verfahren ausweiten
Drs. 18/3946, 18/5199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren IX – Governance und Hochschulverwaltung digitalisieren
Drs. 18/3947, 18/5200 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen reformieren X – Hochschulbau 2025
Drs. 18/3948, 18/5235 (A)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Annette Karl, Markus Rinderspacher u. a. SPD
Folgen der Insolvenz von Thomas Cook für die bayerische Tourismusbranche?
Drs. 18/4165, 18/5416

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
D21-Digital-Index, Sonderauswertung Bayern
Drs. 18/4417, 18/5419

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären